

LEITARTIKEL

Vertuschung statt Verantwortung

Ministerin Paul stürzte nicht über den Anschlag von Solingen, sondern ihr eigenes Krisenmanagement

NRW-Flüchtlingsministerin Josefine Paul ist von ihrem Amt zurückgetreten. Damit will sie jetzt den Weg freimachen für eine unvoreingenommene Aufarbeitung der Abläufe innerhalb der Landesregierung nach dem Terroranschlag von Solingen. Es sei der Eindruck entstanden, sie wolle eine transparente Aufklärung behindern, sagte Paul in ihrem Statement. Dies sei aber nicht der Fall. Tatsächlich?



GERHARD VOOGT
gerhard.voogt@kstamedien.de

Syrer, eigentlich hätte abgeschoben werden sollen. Die Abläufe haben viele Fragen zur Arbeit der Ausländerbehörden in Deutschland aufgeworfen. Aber wohl kaum jemand wäre auf die Idee gekommen, die NRW-Flüchtlingsministerin für die dysfunktionale gesamtdeutsche Abschiebepolitik politisch haftbar zu machen.

Die Ministerin sei schon früh »falsch abgebogen«, heißt es in CDU-Kreisen

tige Informationen vorenthalten, um die grüne Ministerin zu schützen. Ein fataler Fehler.

Schon kurze Zeit nach dem Anschlag war der Vorwurf gegen Paul erhoben worden, sie habe sich zu spät eingeschaltet. Die Ministerin hatte sich an dem Anschlagswochenende bei einer Holocaust-Gedenkveranstaltung in Frankreich befunden, die Reise aber nicht abgebrochen. Warum eigentlich nicht?

Die Grüne hatte sich hinter der Argumentation verschanzte, ihr hätten erst am Sonntagmittag nach der Bluttat gesicherte Informationen über den Täter vorgelegen. Offenbar eine Schutzbehauptung, denn: Vor vier Tagen hatte sich endgültig herausgestellt, dass Paul schon am Samstagabend über die Erkenntnisse der Polizei informiert war.

Und nun wird auch noch bekannt: eine Abteilungsleiterin hatte die Ministerin sogar dazu aufgefordert, nach Solingen zu

fahren. Auch diese Mail war bisher vertuscht worden, was das Fass jetzt zum Überlaufen brachte. Bei dem Anschlag in Solingen sind drei Menschen ums Leben gekommen, zahlreiche wurden verletzt. Der Täter war ein

Den Eindruck, Paul sei „mit angezogener Handbremse“ unterwegs gewesen, teilt man bei den Grünen.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich vor allem die Konservativen in der CDU mit der Flüchtlingsministerin schwergetan haben. Auch in der Familienpolitik machte die Grüne keine gute Figur, die Änderungen beim Kinderbildungsgesetz haben einen Proteststurm bei freien Kitaträgern ausgelöst. In Düsseldorf heißt es, mit Paul habe nun das schwächste Teammitglied die Regierung verlassen. Der Rücktritt soll wie ein Befreiungsschlag wirken.

Verena Schäffer, die bisherige Fraktionschefin der Grünen im Landtag, gilt als eine gute Nachbesetzung. Sie hat selber zwei kleine Kinder und weiß aus eigener Erfahrung, wie Kitaschließungen den Alltag der betroffenen Eltern durcheinandervirbeln können. Schäffer gilt als offen, ist im Parlament anerkannt und gut vernetzt.

Mit dem Rücktritt von Paul ist der Opposition eine zentrale Zielscheibe verloren gegangen.

KOMMENTAR

Still verhandelt, hart umkämpft

Sozialstaatsreform kann zur Koalitionskrise werden

Schnell und still hat die Kommission zur Sozialstaatsreform ihre Vorschläge erarbeitet. Und man kann tatsächlich auf Umsetzung hoffen, wenn der gelungene Aufschlag kein Auftakt für Krisengespräche wird wie zuletzt über die Rente, als die Junge Union den Zusammenhalt der schwarz-roten Koalition testete.



KRISTINA DUNZ
ksta-politik@kstamedien.de

bekommen. Außerdem stimmt es nicht, dass das 50-Seiten-Papier der Kommission kein Einsparpotenzial bereithält. Allein durch eine Bündelung der Aufgaben sollen zwei von bislang vier Behörden wegfallen.

Das wichtigste Ziel ist aber, so viele erwerbsfähige Grundsicherungsempfänger wie möglich in den Arbeitsmarkt zu bekommen.

Hier tauchen Fragezeichen auf. Leistungsempfänger sollen finanzielle Anreize bekommen, durch Arbeit mehr Geld zu haben, als ihnen der Staat zahlt, wenn sie nicht arbeiten. Man könnte sich auch weniger Nachsicht vorstellen: Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, leistungslos Geld von der steuerzahlenden Gemeinschaft zu erhalten.

Insgesamt sind die geplanten Änderungen bei weitem nicht so radikal sind wie die Hartz-IV-Reformen unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder. Eine zweite Erschütterung dieser Art würden die bei 13 Prozent dümpelnden Sozialdemokraten vermutlich auch nicht überstehen. Trotzdem wird diese abgeschwächte Variante ein Kraftakt werden.

Nachwuchs von CDU und CSU wirft der Kommission bereits vor, dass sie den Sozialstaat nicht beschränken wolle. Dabei haben Union und SPD genau das im Koalitionsvertrag vereinbart: „Das soziale Schutzniveau wollen wir bewahren.“ Daran gibt es auch nichts zu deuteln, wenn diesen Schutz nur die wirklich Bedürftigen



Thomas Pläßmann

DEUTSCHE ZUSTÄNDE

Das Ende der Nachspielzeit

Am Beginn des neuen Jahres verändern drei Entwicklungen die Stimmung – Wir stehen unter produktivem Leidensdruck, das ist spannungsvoll und spannend

Herr Grünewald, tagtäglich versetzt Donald Trump die Welt in Aufruhr. Und in Deutschland – wie sind „die Zustände“?

Es tut sich was im Land. Nachdem Olaf Scholz 2022 die berühmte „Zeitenwende“ ausgerufen hatte, habe ich mit Blick auf die Gefühlslage der Menschen davor gewarnt, zu viel auf dieses Wort zu geben. Die Deutschen waren vier Jahre lang nicht im Wendemodus, nicht in Aufruchstimmung, sondern in einer Nachspielzeit – mit dem Ziel: Ergebnis halten, die bestehenden Verhältnisse bewahren. Der Zeithorizont ist dabei gedanklich immer kleiner geworden.

Das heißt?

Vor ein, zwei Jahren hat man noch in Jahresdimensionen gedacht, wenn es um die Erhaltung des Status quo ging. Jetzt zum Jahreswechsel war man schon froh, die Weihnachtszeit gut überstanden zu haben.

Und selbst damit sollte es jetzt vorbei sein?

Nach unseren Befunden in tiefenpsychologischen Interviews deutet sich das Ende der Nachspielzeit an. Das hat mit drei Entwicklungen zu tun. Die erste verbindet sich tatsächlich mit Donald Trump, der mehr denn je als wild gewordener Elefant im Weltporzellanladen agiert oder als willkürlicher Rachegott.

Politiker, die lange Zeit Trumps Schmierkomödie geschmiert haben, merken jetzt: Das funktioniert nicht

Das ist aber doch nichts Neues. Das Neue ist die Resonanz. Bisher haben die Menschen Trumps Trampelen eher wie ein Schauspiel, ein Spektakel verfolgt – mal amüsiert, mal empört, mal fasziniert, mal abgestoßen. Jetzt merken sie: Das „Spiel“ ist bitterer Ernst, es kommt uns mit seinen Konsequenzen bedrohlich nahe. Und das Staunen wird zur Ohnmachtserfahrung. Auch bei den Politikern, die lange Zeit taktiert, devot geschleimt und so Trumps Schmierkomödie geschmiert haben in der Hoffnung, ihn irgendwie einhegen oder wenigstens selbst ungeschoren davonkommen zu können. Jetzt merken sie: Das funktioniert nicht. Venezuela, Grönland, der drohende Verlust der Weltordnung – das alles rüttelt auf.

Was sind die weiteren Fakto-



STEPHAN GRÜNEWALD
ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts für tiefenpsychologische Marktforschung. In seiner Kolumne spricht er aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen. 2025 erschien sein jüngstes Buch „Wir Krisenakrobaten“

ren, die – wie Sie sagen – das Ende der Nachspielzeit einläuten?

Das zweite große Thema ist die Künstliche Intelligenz (KI). Da kippt das Momentum langsam von der Verheißung ins Bedrohliche. Man dachte: Mit der KI haben wir den großen Zauberstab, den Allmachts-Booster – etwas zwischen persönlichem Heinzelmännchen und gefügigem Traumpartner: „Mit der KI bist du nie mehr ratlos und nie mehr allein.“ Jetzt beginnen wir zu spüren: Wir geraten in eine fleischlose Symbiose mit der KI. Der Gewinn an Effizienz und vermeintlicher sozialer Nähe kippt in Selbstzweifel und kann bis zum Verlust der Selbstgewissheit und des Selbstvertrauens führen: „Was kann ich noch selbst? Und wer bin ich überhaupt noch?“ Auch das wird aufrütteln und erschüttern. Und das dritte Thema in diesen ersten Wochen des Jahres ist ein Einbruch von Katastrophen mit großer Sinnbildlichkeit: der Diskothekenbrand von Crans-Montana in der Neujahrsnacht und das Zugunglück in Spanien.

Beides schrecklich – aber inwiefern symbolträchtig?

Ein Ort, wo Menschen sich gut fühlen, feiern, die Lebensgeister steigern, wird unversehens zur Todesfalle. In der Schweiz, dem Begriff von Sicherheit! Und ein Zug, der aus den Schienen springt, verdeutlicht, wie schnell die Wirklichkeit entgleisen kann. Wir erleben also in dichter Folge den Verlust der Alltagsstabilität, haben den drohenden Verlust des eigenen Selbst in der KI-Symbiose vor Augen und den sich gerade vollziehenden Zusammenbruch der Weltordnung.

Und daraus folgern Sie, mit dem „Weiter so“ ist es vorbei? Genau. Wir hatten in den vergangenen Jahren einen Stau an Bewegungsenergie, ohne dass uns das unmittelbar geschadet hätte. Jetzt merken wir: Wenn wir diesen Stau nicht auflösen und in Fahrt kommen, dann fliegt uns alles um die Ohren. Wir sind in einer aktivierenden Notlage, stehen unter einem produktiven Leidensdruck. Das Spiel ist aus. Das

ist einerseits unbequem und beunruhigend, andererseits spannungsvoll und spannend.

Alle drei Faktoren, die Sie nennen, sind aber doch buchstäblich niederschmetternd: Die Weltlage ist miserabel, das Selbstvertrauen geht flöten, und der Alltag ist auch nicht mehr sicher. Lähmt das nicht eher, als dass es aktiviert?

Nein. Die Nachspielzeit dauert so lange, wie man das Gefühl von Sicherheit hat. So wie früher: Auf Mutter Merkel, Vater Staat und Uncle Sam war Verlass. Das ist vorbei.

Okay. Es entsteht also, sagen Sie, eine Stimmung, dass etwas passieren muss. Aber was? Das wissen wir noch nicht. Aber es gibt etliche Punkte, die mich

Wir geraten am Beginn dieses Jahres in einen neuen Zustand der Notwendigkeit, wo die Not zur Wendigkeit führt

optimistisch stimmen, dass wir in eine Bewegung kommen, in der wir etwas bewegen können. Erstens: Wir fangen wieder an, nach Sinn und nach Visionen zu suchen. Um ein Beispiel zu nennen: Wofür steht Europa? Der zweite Punkt: Was wollen wir wirklich bewahren? Demokratie, Völkerverständigung, Frieden – alles, was so selbstverständlich erschien, ist es nicht mehr. Drittens wächst in der aktivierenden Notlage die Suche nach Verbundenheit: Was hält uns zusammen? Bekommen die Europäer es gemeinsam hin?

Sie denken, ja?

Meine Hoffnung nährt sich aus dem Gedanken, dass die Nachspielzeit verbunden war mit einer Bereitstellungsmentalität: Wir dachten, wir könnten die Verantwortung immer an andere delegieren und bekämen Freiheit, Sicherheit, Wohlstand frei Haus geliefert. Jetzt wächst das Gefühl – Punkt vier meiner Überlegung –, dass wir selbst Verantwortung übernehmen müssen. Und all das kann tatsächlich die gestaute Bewegungsenergie freisetzen. Wir geraten am Beginn dieses Jahres in einen neuen Zustand der Notwendigkeit, wo die Not zur Wendigkeit führt. Und das ist anders als die Bewegung, in der wir nur um uns selbst gekreist sind, damit sich ja nichts verändert.

Das Gespräch führte Joachim Frank

KOMMENTAR

Cleverer Handelspolitik

Der Deal mit Indien ist gut, darf die Europäer aber nicht naiv werden lassen

SVEN CHRISTIAN SCHULZ

US-Präsident Donald Trump liebt bekanntlich Deals – allerdings nur solche, die er selbst abschließt. Dass die EU und Indien nun enger zusammenrücken und sich auf den größten Handelsdeal der Welt geeinigt haben, dürfte ihm kaum gefallen. Dabei war es gerade Trumps Politik der Unsicherheit samt US-Zöllen, die Europa und Indien auf der Suche nach neuen Märkten zusammengetrieben und als Katalysator für langefestgefahrte Verhandlungen gewirkt hat. Die EU zeigt, wie clevere Handelspolitik funktioniert: weniger Zölle und Abschottung, mehr Verlässlichkeit und Zusammenarbeit.

Indien ist für Europa einer der noch am wenigsten erschlossenen und zugleich einer der spannendsten Märkte weltweit. Nirgendwo gibt es mehr potenzielle Verbraucher, und schon heute zählt Indien zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften. Die EU ist also gut beraten, sich auf diesem wichtigen Markt zu positionieren – auch als Gegengewicht zu China. Das Handelsabkommen ist ein wichtiger Deal für Europas Zukunft.

Doch es kann nur ein Anfang sein. Für weitere Produkte müssen Zölle fallen, Handelshemmnisse abgebaut

Selbst der größte Handelsdeal wird Deutschlands Wirtschaft nicht allein wieder in Schwung bringen

und Märkte konsequenter geöffnet werden. Gleichzeitig sollte sich niemand Illusionen hingeben: Selbst der größte Handelsdeal wird Deutschlands Wirtschaft nicht allein wieder in Schwung bringen. Im besten Fall kann er ausgleichen, was Trumps Zölle angerichtet haben. Deutschland darf sich nicht auf den Erfolgen der EU in Neu-Delhi ausruhen. Indien ist außerdem kein einfacher Partner. Die engen Moskau-Beziehungen, militärisch wie diplomatisch, sollten Europa nicht naiv werden lassen. Und wenn russisches Öl weiter über Indien den Weg in die EU findet, füllt das die russischen Kriegskassen auf. Bei aller berechtigten Euphorie über den Handelsdeal gilt daher: Auch bei seinem neuen Partner muss Europa genau hinschauen.



KÖLNER STADT-ANZEIGER
HERAUSGEBER: Prof. Alfred Neven DuMont & Co. KG
Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont
CHEFREDAKTEUR: Gerald Selch
STELLVERTRETENDE CHEFREDAKTEUR: Dr. Sarah Brasack, Christian Hummel, Peter Seiffert
LEITENDE REDAKTEURE: Wolfgang Wagner (Politik), Gerhard Voogt (Landespolitik)
CHEFKORRESPONDENT: Joachim Frank
REGION: Michael Eusel
POLITIK/NACHRICHTEN: Wolfgang Wagner, Julian Preuten; Köln: Kendra Stenzel; WIRTSCHAFT/ARBEIT/LEBEN: Hendrik Geisler, Maria Dohmen; SPORT: Christian Loe; Kultur: Anne Burgmer; CHEFREPORTER: Tim Attenberger (Köln), Thorsten Breitkopf (Wirtschaft), Lena Heising, Matthias Hendorf (Köln), Claudia Lehnen, Detlef Schmalenberg, Lars Werner (Sport)
CHEF VOM DIENST: Nicolas Krizsak
PRODUKTIONSLEITUNG: Florian Summerer
ALLE VERANTWORTLICH UND WOHNHAFT IN KÖLN
HAUPTSTADTBÜRO: Eva Quadbeck (Ltg.), RND Berlin GmbH, Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Susanne Ebner; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Sven Christian Schulz; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Rio de Janeiro: Tobias Käufer
NACHRICHTENAGENTUREN: dpa, afp, sid, dna
E-MAIL REDAKTION: ksta-redaktion@kstamedien.de
FAX REDAKTION: 0221 / 224 2524
VERLAG: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG – ein Unternehmen der Kölner Stadt-Anzeiger Medien, Amsterdamdamer Straße 192, 50735 Köln
Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05, Geschäftsführung: Regine Runte, Christian Hummel, Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung
GÜLTIG: Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 1. Januar 2026 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.
DRUCK: Mittelrhein-Verlag GmbH, Mittelrheinstr. 2-4, 56072 Koblenz
Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.
ABONNENTEN-SERVICE
Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-2332
E-Mail: abo-kundenservice@tagesszeitung.koeln
ANZEIGEN-SERVICE
Verantwortlich: Oliver Siegert
Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-2491
E-Mail: anzeigen@tagesszeitung.koeln
Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt
Köln